

Befristete Beschäftigung und Arbeitsmarktsplaltung in Europa

Christian Reimann, TP7 „Europäisierung sozialer Ungleichheiten“

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte haben befristete Beschäftigungsverhältnisse durch De-Regulierungsmaßnahmen in Europa an Bedeutung gewonnen. Mit dieser Entwicklung geht eine zunehmende Arbeitsmarktsplaltung in unbefristete Insider und befristete Outsider einher. Von den damit verbundenen Arbeitsmarktrisiken sind verschiedene soziale Gruppen allerdings unterschiedlich stark betroffen. Vor allem Frauen, Jüngere und Geringqualifizierte sind häufiger befristet beschäftigt. Hierbei gibt es aber erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, die auf die unterschiedliche Ausgestaltung nationalstaatlicher Institutionen sowie auf unterschiedliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen zurückzuführen sind.

Vor dem Hintergrund zunehmender Verflechtungen zwischen den Ländern Europas stellt sich die Frage, ob nationalstaatliche Unterschiede in Bezug auf individuelle Befristungsrisiken geringer werden. Es wird angenommen, dass durch die Öffnung der nationalstaatlichen Wirtschaftsräume die Marktchancen und -risiken in höherem Maße auf die individuelle Ebene verlagert werden. Eine Arbeitsmarktsplaltung ist demzufolge immer weniger das Charakteristikum von bestimmten nationalen Wohlfahrts- und Arbeitsmarktregimen. Die These des Beitrages ist, dass europaweit die Splaltung des Arbeitsmarktes zunehmend von individuellen Merkmalen wie Geschlecht, Alter und Bildungsniveau abhängt und nationalstaatliche Rahmenbedingungen an Bedeutung verlieren. Diese Entterritorialisierung sozialer Ungleichheiten kann als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass Europäisierungsprozesse die Arbeitsmarksegmentation beeinflussen.

Auf Grundlage des EU-LFS (2003-2012) kann tatsächlich gezeigt werden, dass das Befristungsrisiko immer stärker von individuellen Merkmalen abhängt. Vor allem Jüngere und Arbeitnehmer mit einem geringeren Bildungsniveau sind zunehmend betroffen. Gleichzeitig haben nationalstaatliche Institutionen und Strukturen in den Jahren vor der Krise an Erklärungskraft verloren. Diese Entwicklung unterstützt die These einer Entterritorialisierung sozialer Ungleichheiten. Mit dem Einsetzen der Krise im Jahr 2008 verändert sich jedoch die Situation. Nationalstaatliche Politiken und Strukturen wie die Regelungen zum Beschäftigungsschutz, die Arbeitslosenquote oder das Wirtschaftswachstum beeinflussen während der Krise wieder stärker das individuelle Befristungsrisiko. Gleichzeitig hängen die Befristungswahrscheinlichkeiten jedoch weiterhin in hohem Maße von individuellen Merkmalen ab.

Kann vor dem Eintreten der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in Europa eine Entterritorialisierung sozialer Ungleichheiten nachgewiesen werden, so kommt es während der Krise zu teilweisen Re-Nationalisierungstendenzen.